



Bundeskanzlerin Merkel im Gespräch mit den Deutschen aus Russland

Am 17. Mai 2017 fand auf Einladung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel ein Gespräch mit Vertretern der Deutschen aus Russland im Bundeskanzleramt statt.



Redebeitrag des Bundesvorsitzenden der Landmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

im Namen des Bundesvorstandes der Landmannschaft der Deutschen aus Russland und aller anwesenden Landsleute danke ich Ihnen aufrichtig für den heutigen Empfang im Bundeskanzleramt.

Ihre Einladung werten wir als ein deutliches Zeichen Ihrer Wertschätzung einer großen Personengruppe, die völlig unverschuldet unter dem Sowjetregime leiden und unzählige Opfer erbringen musste. Dank der verantwortungsvollen und weitsichtigen Politik unter Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl bekamen diese Menschen die lang ersehnte Chance, in ihre historische Heimat zurückzukehren, um nach jahrzehntelangen Diskriminierungserfahrungen als Deutsche unter Deutschen leben zu können.

Die Deutschen aus Russland und den Nachfolgestaaten der Sowjetunion haben sich vorbildlich und beinahe „geräuschlos“ in die deutsche Gesellschaft integriert. Ein herausragendes Beispiel dafür ist Heinrich Zertik, Mitglied des Deutschen Bundestages, dessen Vorfahren - wie die meisten meiner Landsleute - nach Kasachstan deportiert wurden. Lieber Heinrich, ich danke dir von Herzen für dein unermüdliches Engagement! Du bist eine Inspiration für viele unserer Landsleute, sich gesellschaftlich und politisch zu engagieren.

Einen besonderen Dank möchte ich Hartmut Koschyk, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, aussprechen. Es bestand und besteht eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit, für die ich Ihnen, Herr Koschyk, persönlich und im Namen des Verbandes sehr verbunden bin. Herr Koschyk hat immer einen großen Wert darauf gelegt, dass die Repräsentanten der Deutschen aus Russland in die Sitzungen der Regierungskommissionen für Angelegenheiten der deutschen Minderheiten in den Herkunftsländern eingebunden werden. Das muss auch nach dem September 2017 so bleiben.

Wie auch unser Verband hat sich Herr Koschyk gerade in den letzten Monaten vehement gegen verzerrende Darstellungen der Volksgruppe der Deutschen aus Russland in den Massenmedien eingesetzt, deren christliche Verwurzelung betont und dem Vorwurf, Handlanger des Kremls zu sein, widersprochen! Herr Koschyk war auch derjenige, der den Begriff „Integrationslotsen“ in Bezug auf meine Landsleute geprägt hat.



Eine erfolgreiche Integration hängt von vielen Faktoren ab. Das wesentliche Merkmal jedoch ist und bleibt – meiner festen Überzeugung nach – die Eigeninitiative.

Gerade hinsichtlich dieser Eigenschaft gibt es unter den verschiedenen Zuwanderergruppen deutliche Unterschiede. Der Forschungsbericht des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) aus dem Jahr 2013 belegt eindeutig, dass gerade die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion sich selbst - und nicht etwa den Staat oder die Regierung - in der Verantwortung sehen.

Diese eigenverantwortliche Mentalität meiner Landsleute und die vielfach nicht anerkannten Berufsabschlüsse haben dazu geführt, dass viele von ihnen ein Arbeitsverhältnis aufgenommen haben, das unter ihrer Qualifikation lag und ein spürbar geringeres Einkommen bedeutete. Für viele war es dennoch wichtig, nicht auf den Bezug von Leistungen aus den deutschen Sozialkassen angewiesen zu sein.

Ein geringeres Einkommen bedeutet geringe Beiträge u.a. zur Rentenversicherung und somit geringere Rentenbezüge. Zusätzlich verursacht die gesetzliche Deckelung der so genannten Entgeltpunkte, der zentralen Werteinheit in der gesetzlichen Rentenversicherung, weitere massive Einbußen für die Betroffenen. Die in einem Konjunkturpaket untergebrachten Rentenkürzungen für Spätaussiedler haben zur Folge, dass ein Teil der Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion von Altersarmut betroffen oder akut gefährdet ist. Dabei handelt es sich überwiegend um Menschen, deren Kinder und Enkelkinder einen beachtlichen Beitrag für die deutschen Sozialkassen leisten. Und der Generationenvertrag greift bei dieser Personengruppe weiterhin.

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

ich appelliere an Sie, alle erforderlichen Maßnahmen einzuleiten, um die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion vor der drohenden Altersarmut zu bewahren. Setzen Sie bitte Ihren Einfluss dafür ein, dass engagierte, gesetzestreue und loyale Bürger dieses Landes nicht länger bei den Rentenbezügen benachteiligt werden.

Vielen Dank.